

„Die nächsten Winter werden kritisch“

FRIEDRICHSDORF - FDP-Veranstaltung zum Thema Energie fordert Pragmatismus

VON FLORIAN NEUROTH



Deutschland steht in der Energiewende. Wir haben energiewirtschaftlich ein Un-
vermögen an Investitionen in die Energiewende geleistet, was sich in den letzten
Jahren deutlich gezeigt hat. Die Energiewende ist ein langfristiges Projekt, das
jedem der nächsten Winter noch ein bisschen mehr Energie braucht. Die Physik
spricht für sich: Wir brauchen noch mehr Energie, um die Welt zu versorgen.
Es ist ein langfristiges Projekt, das uns in den nächsten Jahren noch
einmal vor die Wahl stellt: Entweder investieren wir jetzt in die
Energiewende, oder wir zahlen in den nächsten Jahren noch mehr für
Energie.

versität Gießen.

Per Video-Schalte referierte er zum Thema „Energieversorgung Europa: Vergangenheit und Zukunft“. Dazu eingeladen hatte die Friedrichsdorfer FDP. Rund 40 Interessierte erfuhren: 57 Prozent des Verbrauchs fossiler Energieträger deckt die EU mit Importen, in Deutschland liegt die Zahl einige Prozentpunkte höher.

Dass derzeit über Gas und weniger über Öl und Kohle gesprochen werde, habe einen triftigen Grund, meinte der Experte. „Kohle- und Öl-Importe sind einfacher, etwa über Schiffstransporte, zu ersetzen. Gas ist viel stärker auf die bestehende Infrastruktur angewiesen“, so Hampp. Eine Pipeline baue sich nicht über Nacht.

Die EU-interne Infrastruktur sei auf die derzeitige Situation nicht vorbereitet. Heißt: „Wir müssen unseren Bedarf entweder senken oder Flüssiggas als Ersatz verwenden.“ Generell müsse die Industrie langfristig davon wegkommen, sich zu sehr auf Gas zu verlassen. „Es gibt Techniken, Gas zu ersetzen. Investitionen sind möglich, wurden aufgrund der niedrigen Preise in der Vergangenheit aber nicht vorangetrieben.“ Auch sollte der Ausbau Erneuerbarer Energien noch stärker forciert werden. „Die Koalitionsziele sind im Wissenschaftskontext unzureichend, die nächsten Winter werden kritisch. Wir brauchen schnelle Lösungen“, mahnte Hampp.

Für die plädierte auch der Vorsitzende und Energiepolitische Sprecher der FDP im Landtag, René Rock. Er sprach darüber, wie die Liberalen die Krise bewältigen und „sicher durch den Winter“ kommen wollen. „Energie und Gas sparen muss derzeit höchste Priorität haben“, resümierte Rock und echauffierte sich: „Sieben Monate nach Kriegsbeginn diskutieren wir immer noch über Dinge, die längst entschieden sein könnten.“ Man habe zum Beispiel als Bundes-FDP bereits vor vier Monaten gefordert, die drei abgeschalteten Kernkraftwerke in Reserve zu halten und die drei bestehenden weiterlaufen zu lassen. Gerade in der Stromerzeugung könne besonders viel Gas gespart werden, die Gaskrise sei auch zur Stromkrise geworden. „Alles was wir haben, muss ans Netz. Da müssen für zwei Jahre alle anderen Befindlichkeiten hintenangestellt werden. Wir brauchen eine pragmatische Politik, bei der die Stabilität an erster, der Preis an zweiter und der Klimaschutz ausnahmsweise mal an dritter Stelle steht“, forderte

er.

Auswirkungen auf den Weltmarkt

Unzufrieden mit den bisherigen politischen Bemühungen waren auch einige Zuhörer, die in der anschließenden Diskussionsrunde den beiden Experten und Moderator Dr. Udo Jung vom Klimabeirat Friedrichsdorf genauer auf den Zahn fühlten. „Jahrzehntelang haben wir über LNG-Terminals geredet, aber passiert ist nichts, weil das Gas aus Russland ja schön billig war“, kritisierte ein Zuhörer und fragte: „Wem nehmen wir da jetzt was weg?“ Tatsächlich verursache die plötzliche Nachfrage der Europäer Probleme auf dem Weltmarkt, antwortete Hampp. Exporte, die bislang nach Asien gingen, würden nun ins zahlungskräftigere Europa umgeleitet. Die Pläne dafür lägen übrigens schon seit 10 Jahren in der Schublade. „Deshalb geht das jetzt so schnell“, erklärte er.

Andere stießen sich am schleppenden Ausbau der Windkraft, Fachkräftemangel und der Bürokratie im Bereich Photovoltaik. Es gebe „wenig konkrete Maßnahmen, die kurzfristig helfen“, wie ein Herr anmerkte. Ein anderer sorgte sich angesichts drohender Stromausfälle im Winter gar um den sozialen Frieden. In dieser Hinsicht konnte Hampp beruhigen. Der Stress-Test der Bundesregierung fürs Stromnetz hätte nur im schlechtesten Szenario Probleme hinsichtlich der Stromversorgung ergeben.

Veranstaltung bringt Impulse für Anträge der Liberalen im Parlament

Die FDP hat den Diskussionsabend zum Anlass genommen, aus den Fragen und Anregungen der Bürger Anträge zu entwickeln, die am morgigen Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung diskutiert werden sollen. Das teilten die Liberalen mit. Dass etwa auf Gewerbeimmobilien und nicht einmal auf städtischen Neubauten, wie etwa der Rollschuhbahn oder der Schießanlage, Solaranlagen eingerichtet wurden, nimmt die FDP gleich auf. „Damit hat er ausgesprochen, was wir uns schon lange fragen“, sagt der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Jochen Kilp. Man wolle nun endlich Taten sehen und beantrage daher, dass die Stadt dafür sorgt, dass künftig auf allen Neubauten/Gewerbeneubauten Solarenergieanlagen verpflichtend vorgeschrieben werden und dass - aus Sicht der FDP eine Selbstverständlichkeit - die Stadt bei eigenen Bauvorhaben solche Anlagen von Anfang an mit einplant. „2035 ist näher, als manchem bewusst zu sein

scheint“, mahnt Kilp. „Wir müssen also spürbar an Tempo zulegen, wenn Friedrichsdorf wie beschlossen 2035 klimaneutral sein soll.“ Daher erinnere man auch an den bereits im Februar verabschiedeten Prüfauftrags der Grünen, ob und auf welchen städtischen Immobilien Photovoltaik installiert werden könnte. Auch möglichst viele Bestandsimmobilien müssten energetisch nachgerüstet werden. Deswegen wolle die FDP die Verwaltung verpflichten, schnellstmöglich mit den Friedrichsdorfer Gewerbetreibenden über Nachrüstungen auf deren Immobilien zu sprechen.

Ein anderes Energieversorgungsthema, das als ganz unmittelbare Bedrohung empfunden wird, ist die Gefahr eines Blackouts im bevorstehenden Winter. Die zahlreichen Bürgerfragen habe man in einer Anfrage an die Verwaltung gebündelt. „Wir wollen wissen, ob und wie sich die Stadtverwaltung gedanklich und mit konkreten Maßnahmen auf einen Blackout vorbereitet“, so Kilp. „Hat die Stadt einen Notfallplan? Wie werden Sicherheit und Ordnung und die wichtigsten Infrastruktureinrichtungen aufrechterhalten, wie wird mit dem Katastrophenschutz kommuniziert, wie können Bürger sich informieren und wo bekommen sie Hilfe?“ Auch wolle man wissen, ob die Stadt bereits einen Krisenstab installiert hat. „Corona und das Ahrtal haben uns gelehrt, wie wichtig es ist, abrufbereite und getestete Notfallpläne zu haben. Dann können wir immer noch hoffen, dass es nicht so schlimm kommt wie befürchtet.“ red